



Antrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VI/2017/03369**
Datum: 14.09.2017
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser: Dr. Meerheim, Bodo
Krause, Johannes

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	27.09.2017	öffentlich Entscheidung
Ausschuss für Ordnung- und Umweltangelegenheiten	08.11.2017	öffentlich Vorberatung
Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss	08.11.2017	öffentlich Vorberatung
Hauptausschuss	15.11.2017	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	22.11.2017	öffentlich Entscheidung

Betreff: Antrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Präventionsrat

Beschlussvorschlag:

1. Zur Unterstützung des „Präventionsrates gegen Rassismus, Gewalt und Kriminalität – für Toleranz und Integration“ wird in der Stadtverwaltung eine 0,5 VZE-Personalstelle ab 01.01.2018 für die Organisation und Koordinierung der Präventionsarbeit in der Stadt eingerichtet. Die Stelle ist umgehend im Stellenplan für das Jahr 2018 zu berücksichtigen und mit Haushaltsmitteln zu untersetzen.
2. Der Stadtrat empfiehlt dem Oberbürgermeister, einen Antrag zur Aufnahme in den Landespräventionsrat zu stellen.

gez. Dr. Bodo Meerheim
Vorsitzender der Fraktion

gez. Johannes Krause
Vorsitzender der SPD

gez. Tom Wolter
Vorsitzender d.

Fraktion
DIE LINKE

Fraktion

MitBÜRGER für Halle -
NEUES FORUM

Darstellung finanzielle Auswirkungen

Für Beschlussvorlagen und Anträge der Fraktionen

Finanzielle Auswirkungen

ja

nein

Aktivierungspflichtige Investition

ja

nein

Ergebnis Prüfung kostengünstigere Alternative

Folgen bei Ablehnung

A	Haushaltswirksamkeit HH-Jahr ff.	Jahr	Höhe (Euro)	Wo veranschlagt (Produkt/Projekt)
Ergebnisplan	Ertrag (gesamt)			
	Aufwand (gesamt)			
Finanzplan	Einzahlungen (gesamt)			
	Auszahlungen (gesamt)			

B Folgekosten (Stand:		ab Jahr	Höhe (jährlich, Euro)	Wo veranschlagt (Produkt/Projekt)
Nach Durchführung der Maßnahme zu erwarten	Ertrag (gesamt)			
	Aufwand (ohne Abschreibungen)			
	Aufwand (jährliche Abschreibungen)			

Auswirkungen auf den Stellenplan
Wenn ja, Stellenerweiterung:

ja

nein

Stellenreduzierung:

Familienverträglichkeit:

ja

Gleichstellungsrelevanz:

ja

Begründung:

Der „Präventionsrat gegen Rassismus, Gewalt und Kriminalität – für Toleranz und Integration“ besteht nach Stadtratsbeschluss seit Dezember 2001. Mit den ihm zugeschriebenen Aufgaben, die mit der Aufnahme zahlreicher geflüchteter Menschen in Halle seit 2015 noch einmal an Bedeutung zunahmen, erfüllt er eine wichtige Funktion für ein tolerantes, friedliches und weltoffenes Zusammenleben in der Stadt. Die Frage nach effizienten Arbeitsstrukturen des rein ehrenamtlich tätigen Präventionsrates stellt sich mehr denn je. Eine Geschäftsstelle des Präventionsrates ist unter anderem deshalb notwendig, um die vielen ehrenamtlichen Tätigkeiten im Bereich der Prävention zu vernetzen, Aufgaben zu koordinieren, bestimmte Formalitäten im Zusammenhang mit den Sitzungen zu erfüllen, Themen vor- und aufzubereiten und gegebenenfalls Fachveranstaltungen zu organisieren. Von der Aufnahme in den Landespräventionsrat versprechen wir uns eine aktive Unterstützung der Präventionsarbeit auf kommunaler Ebene.



Stadt Halle (Saale)
Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters

21. September 2017

**Antrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM
zum Präventionsrat
Vorlage: VI/2017/03369
TOP: 9.3**

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Oberbürgermeister verweist den Antrag in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten sowie in den Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss.

Begründung:

Zu 1. Zur Unterstützung des „Präventionsrates gegen Rassismus, Gewalt und Kriminalität – für Toleranz und Integration“ steht in der Verwaltung bereits eine Stelle zur Verfügung; hier wird der Präventionsrat vorbereitet und begleitet. Diese Stelle kann Themen und Termine im Sinne des Stadtratsbeschlusses aus dem Jahr 2011 koordinieren und organisieren. Unterstützt wird die Arbeit vom Dienstleistungszentrum Migration und Integration mit seinen zentralen Ansprechpartnern.

Im Ausschuss können daher bereits konkrete Projektideen der Antragsteller aufgenommen und die Umsetzung besprochen werden.

Zu 2. Die Verwaltung wird einen Vertreter des Landespräventionsrates in die Ausschüsse einladen, um die Unterstützungsmöglichkeiten des Landes vorzustellen.

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister